

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postverendung:	
Ganzjährig	S 14.80
Halbjährig	„ 7.30
Vierteljährig	„ 3.75
Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	

Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückgestellt.

Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachsch. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen.

Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.

Preise bei Abholung:	
Ganzjährig	S 14.—
Halbjährig	„ 7.—
Vierteljährig	„ 3.60
Einzelpreis 30 Groschen.	

Folge 7

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 14. Februar 1936

51. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Osterreich.

In London hat Fürst Starhemberg dem Korrespondenten Gordon Lennox eine Unterredung gewährt, über die nun das Blatt „Daily Telegraph“ u. a. nachfolgendes veröffentlicht: Fürst Starhemberg hat die Hoffnung nicht verhehlt, daß die Habsburger eines Tages auf den österreichischen Thron zurückkehren würden, er sei jedoch überzeugt, daß der Tag der Wiederherstellung des Thrones nicht der nächsten Zukunft angehören werde. Vorher müßte noch eine Reihe anderer Probleme gelöst werden. Gordon Lennox fragte ihn sodann, ob es richtig sei, daß in Osterreich eine Regentenschaft aufgerichtet werden solle, bei der er die Hauptrolle zu spielen habe. „Dies wäre kein ehrliches Spiel“, antwortete Starhemberg, „die Abwesenheit des früheren Herrscherhauses zu benutzen, um für sich selbst einen Thron zu errichten oder eine neue Dynastie zu gründen. Der Korrespondent fragte ihn weiters, warum er glaube, daß eine Wiedererrichtung der Monarchie in Osterreich im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich sei. Der Fürst sagte hierauf: „Das unmittelbare Ziel müßte es nun sein, eine engere Zusammenarbeit zwischen den mitteleuropäischen Ländern herbeizuführen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt seien die Staaten der Kleinen Entente beunruhigt, weil sie glaubten, daß eine Wiederherstellung des Habsburgerthrones zu einem Versuch führen könne, das alte österreichische Kaiserreich in Europa wieder herzustellen. Das heutige Osterreich hege aber nicht solche Gedanken. Es sei zufrieden, innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen zu verbleiben. Osterreich benötige ein besseres gegenseitiges Verständnis und vergrößertes Vertrauen zwischen den Donauwäldern, so daß man sich dem Ideal von Vereinigten Staaten Mitteleuropas nähern könne. Aus diesem Grunde sei Osterreich auch gezwungen, sich der nationalsozialistischen These von „Eine Rasse, ein Vaterland“ zu widersetzen. Zu einer logischen Konsequenz geführt, müßte eine solche Politik zum Zusammenbruch Europas führen. Europa würde in zwei große Lager aufgespalten werden: Pangermanismus gegen Panislawismus. Der englische Journalist fragte ihn sodann, ob nicht die österreichische Jugend pronationale Gefühle habe. „Sie schneiden hier eine sehr interessante Frage an“, antwortete der Fürst, „die österreichische Jugend von heute ist nicht pronationalistisch, denn sie wurde im Geiste eines österreichischen Nationalismus erzogen. Das junge Volk von heute erkennt, daß ein Osterreich ein guter Deutscher sein kann, ohne ein Nationalsozialist zu sein. Der Korrespondent führt dann weiter aus, daß man nur aus dem tiefen Mißtrauen heraus, mit dem Fürst Starhemberg die nationalsozialistische Drohung betrachte, ein alldritisches Mitteleuropa zu schaffen, seinen Wunsch, gute Beziehungen zwischen Italien und Osterreich aufrechtzuerhalten, richtig einschätzen könne. Er ist noch eingedengt der Tage, da das italienische Heer am Brennerpaß konzentriert war, als mächtigster Faktor, Deutschland davon abzuhalten, Osterreich zu überrennen. Es war damals nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934. Fürst Starhemberg glaubt, daß für den Fall einer ähnlichen Drohung in der Zukunft die italienische Armee die einzige auswärtige Kraft darstellen würde, an die sich Osterreich um unmittelbare Hilfe wenden könne. Er erklärte dem Korrespondenten, daß keine ernstlichen Sorgen bestünden, daß Italien durch den abessinischen Krieg geschwächt und so das Kräftegleichgewicht in Europa und vor allem in Mitteleuropa zerstört werden könne. „Ich hoffe immer, daß es möglich sein wird“, so sagte der Fürst, „eine Lösung des abessinischen Krieges zu finden, die Italiens politischen Einfluß in Europa ungeschwächt läßt.“

In den letzten Tagen fanden im Bundesministerium für Handel und Verkehr Verhandlungen über die Gewerbeumlagenverordnung statt. Der Entwurf der Verordnung wird voraussichtlich schon in nächster Zeit den Landeshauptmännern und dem Bürgermeister der Stadt Wien, die nach dem Wortlaut des Gewerbeumlagegesetzes gehört werden müssen, vorgelegt werden. Für die Erstattung der Gutachten wurde eine Frist gesetzt, so daß schon in Wälde mit dem Erscheinen der Verordnung gerechnet werden kann. In Würdigung der von verschiedenen Seiten hinsichtlich der Höhe der Staffelsgebühr (nämlich „Stufengebühr“) geäußerten Bedenken wurde in dem jetzt vorliegenden Entwurf eine entsprechende Senkung der

oberen Sätze dieser Gebühr vorgesehen. Im übrigen wird in den abschließenden Beratungen eine nochmalige genaue Durchrechnung aller Ansätze, die so niedrig als möglich erstellt wurden, erfolgen.

Deutsches Reich.

Die ganz offensichtlich gegen die sogenannte deutsche Gefahr gerichteten Anstrengungen der europäischen Diplomatie, eine Tatsache, aus der der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza in einem Zeitungsinterview gar kein Geheimnis mehr machte, läßt einen Großteil der deutschen Presse aus der in den letzten Wochen beobachteten Reserve nunmehr heraustreten. Die deutschen Pressestimmen sind vielfach gleichlautend. Es heißt da unter anderem: Eines der empörendsten Merkmale in diesen letzten Wochen ist die Tatsache, daß in den europäischen Hauptstädten das Gerücht vom zukünftigen Kriege mit dem deutlichen Hinweis auf Deutschland immer mehr zunimmt. Anstatt sich mit dem abessinischen Krieg zu beschäftigen, spricht man andauernd von der „deutschen Gefahr“. Der einfachste Menschenverstand sträubt sich gegen diese Vernebelung der Tatsachen. Der Einseitiger und hauptsächlich für diese Verdrehung der Dinge ist und bleibt die Sowjetunion, der der Reich selbst zugezogen muß, daß die Kremelmacht aber es an diplomatischer Verschlagenheit mit den ausgekochten westeuropäischen Politikern gut und gerne aufnehmen können. Man kann sich vorstellen, mit welcher schadenfrohem Schmunzeln Marschall Tuschatschewsky demnächst in Moskau über seine erfolgreiche Londoner und Pariser Mission Bericht erstatten wird. Er wird getrost feststellen können, daß nunmehr eine neue Etappe der europäischen Politik eingeleitet worden ist. Nun kann Tuschatschewsky den „Proletariern aller Länder“ stolz verkünden, daß die Kapitalisten an der Themse und an der Seine in gleicher Weise bereit sind, sich am Wiederaufbau Sowjetrußlands tatkräftig zu beteiligen.

Auf einer Tagung der Kreisbauernschaft Berlin erklärte ein Funktionär des Reichsnährstandes, eineinhalb Jahre nach Beginn der Erzeugungsschlacht sehe es immer noch so aus, daß ein Großteil des Volkes, auch in den Reichen der Bauern und Landwirte, noch nicht begriffen habe, worum es in der Erzeugungsschlacht gehe. Man habe doch den Weltkrieg noch in Erinnerung. Wir wissen, daß es nicht die feindlichen Waffen waren, die Deutschland in die Knie zwangen, sondern Hunger und Blotade. Das darf nicht wiederkehren. Wir müssen wenigstens das Lebensnotwendige im eigenen Lande erzeugen.

Das Reichsministerialblatt für die innere Verwaltung veröffentlicht eine Verordnung des Reichs- und preussischen Ministers des Innern, der zufolge der Reichsausschuß für Ehegenehmigungen beim Reichsministerium des Innern gebildet worden ist. Er hat den Namen Reichsausschuß zum Schutze des deutschen Blutes erhalten. Diesem Reichsausschuß sind alle Anträge von staatsangehörigen jüdischen Mischlingen mit zwei volljüdischen Großeltern auf Genehmigung der Eheschließung mit Staatsangehörigen deutschen und arterwandten Blutes oder mit staatsangehörigen jüdischen Mischlingen, die nur einen volljüdischen Großelternanteil haben, vorzulegen. Die Anträge sind schriftlich bei der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Antragstellers zuständigen höheren Verwaltungsbehörde zu stellen.

Die Deutsche Arbeitsfront hat nun mit Reihenuntersuchungen ganzer Bezirke und Werke begonnen, die gleich auf den ersten Anhub zwei Millionen Menschen umfassen. Die Untersuchungen dienen der systematischen Feststellung des Gesundheitszustandes jedes einzelnen Arbeitnehmers. Das Ergebnis soll in die neuen Gesundheitsstammbücher eingetragen werden. Aus der Zielfestsetzung des Amtes für Volksgeundheit der Deutschen Arbeitsfront, das für je 100.000 Deutsche eine Verwaltungsstelle errichtet, geht hervor, daß man jeden Menschen vom Anfang seines Lebens an gesundheitlich überwachen wolle. Alle zwei Jahre soll eine pflichtmäßige Nachuntersuchung stattfinden.

Europäische Fragen.

Die großen Fragen der europäischen Politik sind derart ungeklärt und im Fluße, daß man am besten nur die ein-

zelnen Ereignisse feststellen kann, ohne auf deren Wirkungen Schlüsse zu ziehen. In Paris ist derzeit die große Aussprache über den Russenpakt im Gange. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist der Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Dr. Hodza in Paris. Hodza hatte bereits eine Aussprache über die Fragen von Zentraluropa. Nicht unbeachtet darf bleiben, daß England beschleunigt aufrüsten will und daß das Rüstungsprogramm bis 1939 durchgeführt werden muß. Der Aufenthalt von über zwei Wochen des Sowjetmarschall Tuschatschewski in London und nunmehr in Paris sowie seine eifrigen Verhandlungen mit den Militärkreisen verdüstern die Lage sehr. Es herrscht überall Hochspannung und das Bild, das sich überall bietet, ist nichts weniger als friedlich. Auf allen Fronten spricht man nur mehr von der Aufrüstung. Vom Frieden ist kaum mehr die Rede. Der Völkerbund findet für seine nächste Tagung neben den vielen ungelösten Fragen noch viele neue Probleme vor. Ob ihm die Lösung dieser Fragen gelingen wird? Die bisherigen Erfahrungen lassen dafür nur sehr wenig Hoffnung aufkommen. Im Gegenteil läßt das Rüstren an allen Ecken und Enden darauf schließen, daß jeder nur mehr seiner eigenen Kraft vertrauen will.

Italien.

Mussolini hat in einem Interview bestätigt, daß Italien der Pariser Friedensformel beigetreten hätte. Weiters erklärte der Duce, daß er stets betont habe, der Krieg in Abessinien könne nicht in einigen Monaten beendet werden, sondern müsse Jahre dauern. „Sieht heute England auf seine Kolonialgeschichte der letzten dreihundert Jahre wie auf eine Kette von Verbrechen zurück?“ fragt Mussolini. „Indem wir Italiener heute England nachahmen, schmeheln wir ihm. War Cecil Rhodes ein Verbrecher und war Gordons Feldzug im Sudan eine Täuschung? Ist es unmoralisch, eine große Nation in den Stand zu setzen, ihre Grenzen auszudehnen und damit zugleich Millionen aus der abhässlichsten aller Knechtschaften zu retten? Für die Eingeborenen der nichtamharischen Gebiete Abessiniens und für die italienischen Truppen ist dieser Krieg ein Befreiungskrieg.“ Zur Frage der Sanktionen erklärt Mussolini, daß Italien durchhalten werde, denn sowohl Italien selbst als auch seine Armee befänden sich in einer ausgezeichneten Verfassung. Mussolini fügt jedoch hinzu, daß der Außenhandel Italiens nie wieder in die alten, durch die Sanktionen abgegrabenen Kanäle zurückfluten werde. „Eine solche Entwicklung“, sagt er, „ist unmöglich. Wir haben zu viel darangegeben, um neue Kanäle zu graben. Wir können nicht die neuingerichteten Bergwerke verfallen lassen, wir können nicht die großen Fabriken, die wir bauten, schließen und die langjährigen Verträge kündigen. Wir haben uns mehr als andere Länder auf einen normalen Außenhandel verlassen. Nachdem dieser aber einmal ins Stocken geraten ist, kann er nicht wieder in der alten Richtung angekurbt werden.“

Vereinigte Staaten von Amerika.

Die äußerst gespannte Lage zwischen den Vereinigten Staaten und Japan kam durch eine Angriffsrede des Senators Pittman zum Ausdruck, die dieser im Senat gegen die japanische Außenpolitik hielt. Er charakterisierte den außenpolitischen Kurs der gegenwärtigen japanischen Regierung als eine „Bedrohung der Vereinigten Staaten“ und als „einen dauernden Verstoß gegen die Grundzüge der vertraglich festgelegten Politik der ‚offenen Tür‘ im Fernen Osten“. Am dieser Drohung zu begegnen, müßten die Vereinigten Staaten eine starke, schlagkräftige See- und Luftflotte besitzen, „bis eine Zeit kommt, in der die Achtung vor Verträgen Allgemeingut aller Nationen der Welt geworden ist.“ In seiner Rede griff er besonders den japanischen Vizeadmiral Takahashi an, der erklärt hatte, daß Japan den Kreuzradius seiner Kriegsschiffe im Pazifik ausdehnen werde. Zum Schluß seiner Rede führte Pittman aus: „Die Vereinigten Staaten beabsichtigen keineswegs, den Grundsatz der Freiheit der Meere aufzugeben oder die Oberhoheit irgendeiner Regierung jenseits der Dreimeilenzone anzuerkennen. Die neue Neutralitätsgesetzgebung bestätigt außerdem erneut ausdrücklich die Aufrechterhaltung aller amerikanischen Rechte unter dem internationalen Gesetz selbst in Kriegszeiten.“ Pittman ist Vorsitzender des Ausenausschusses.

